Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Schorke, zu 30 Pfennig. Beste Kindernahrung. Als Kaffee-Sahne billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr., Fernspr.-A. II, 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. 9 Mal prämiirt, 80,000 St. in Function. Geräuschlose Thürschliesser m. dopp. Luftauffassung, gewalts. Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Sächs. Hoflieferant. DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben. Fabrik: Flaschhofplatz.

Gewissenhaft, mässige Preise. Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N. Hauptstr. 4. Erwirkg. und Verwerth. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Musterausstellung. Auskunft kostenlos. Teleph. Amt II, Nr. 20. Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.

Prima Gummi-Schuhe, anerkannt vorzüglichsten Fabrikat, offerirt billigst Reinhardt Leupolt, Gummifabr., Dresden, Wettinerstr. 26. Gummi-Schuhe werden dauerhaft reparirt. Reparatur-Utensilien, als: Sohlen, Sohlenplatten, Lösung u. s. w. für Wiederverkäufer.

Baby-Ausstattungen von 15 Mark an. Hermann Arndt Bautznerstrasse 46. — Catalog bereitwilligst. —

Lodenjoppen, Mäntel, Hüte, Mützen, Rucksäcke, Jagdtaschen, Handschuhe empfiehlt Jos. Fiechtl aus Tirol, Schlossstrasse 23.

Nr. 5. Spiegel: Wahlreform in Württemberg. Hofnachrichten. Generalarzt Dr. Jacobi †. Zum Fall Lippe-Gössel. Bezirksausschuß, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Lotterieliste. Muthmaßliche Witterung: Niederschläge. Dienstag, 5. Januar.

Politisches.

Die Frage der Verfassungsrevision, die zur Zeit in Württemberg wieder einmal auf der Tagesordnung steht, hat insofern eine über die württembergischen Landesinteressen hinausgehende allgemeine Bedeutung, als für diesen Staat die Einführung des Proportional-Wahlsystems geplant wird, das bisher in Deutschland noch nicht erprobt worden ist. In der Hauptsache handelt es sich bei der württembergischen Verfassungsrevision um die Beseitigung der privilegirten Mitglieder der zweiten Kammer. Bisher setzte sich diese aus 70 Abgeordneten, die auf Grund des 1868 eingeführten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt werden, und den 23 Privilegirten zusammen. Diese Bevorrechtigten sind 13 Vertreter der Ritterschaft, 6 Vertreter der evangelischen und 3 Bevollmächtigte der katholischen Kirche, sowie ein Vertreter der Landesuniversität Tübingen. Seit fast einem halben Jahrhundert ist in Württemberg immer wieder die Forderung geltend gemacht worden, diese Verschiedenartigkeit in der Zusammensetzung der zweiten Ständekammer zu beseitigen. Die Regierung hat die Reformbedürftigkeit wiederholt anerkannt und auch mehrmals dahinzielende Entwürfe eingebracht. Alle Versuche, die Reform anzubahnen, sind aber bisher gescheitert. Bei dem letzten Reformvorschlag hatte der Ministerpräsident v. Mittnacht erklärt, daß die Regierung nach den von ihr angestellten Studien dem Wahlmodus des proportionalen Wahlsystems zuneige. Sie erblicke darin zwar nicht ein Radikalmittel gegen die Unebenheiten des allgemeinen Wahlrechts, aber doch ein System, das dieselben zu mildern geeignet sei, namentlich dadurch, daß Minoritätsparteien von der Uebermacht der Ziffern dann nicht mehr zum Schweigen verurtheilt werden können. Von demokratischer Seite ist bisher die Herstellung einer reinen, d. h. lediglich aus dem Reichstagswahlrecht hervorgehenden „Volkskammer" verlangt worden. Mit erfreulicher Entschiedenheit hat sich aber die Regierung gegen die schrankenlose Durchführung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen. Es wurde dabei auf die Mängel dieses Wahlrechts hingewiesen, auf die Zerklüftung der politischen Parteien, die es zur Folge hat, auf den Widerstreit der wirthschaftlichen Interessen, auf die Unterwühlung der gesammten Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Zugkraft der Lüge und Verleumdung, auf die immer mehr sich ausbreitende Demagogie. Auch die Ultramontanen wollten von der reinen Volkskammer nichts wissen; der Centrumsführer Gröber verlangte, daß man allen Ernstes dem Proportional-Wahlsystem nähertrete.

Dies ist jetzt geschehen. Ein in den letzten Tagen veröffentlichter Regierungsvorschlag will die bevorrechtigten Mitglieder beseitigen; zum Ersatz für diese sollen 21 Abgeordnete auf Grund des Proportional-Wahlsystems gewählt werden. Dieses Verfahren besteht im Wesentlichen darin, daß der Wähler nicht einen Kandidaten, sondern eine bestimmte Anzahl nominirt (Listenwahl) und daß die auf den verschiedenen Listen verzeichneten Kandidaten nicht nach den Grundsätzen der absoluten oder der relativen Mehrheit durchdringen, sondern daß die Mandate im Verhältniß der erlangten Stimmenzahl unter die verschiedenen Listen vertheilt werden. Nach dem württembergischen Regierungsprojekt sollen die als Ersatz für die privilegirten Mitglieder der zweiten Kammer in Aussicht genommenen 21 Abgeordneten in den vier Regierungsbezirken, in die das Land getheilt ist, derart gewählt werden, daß entsprechend der Einwohnerzahl auf den Neckarkreis 7, auf den Schwarzwald- und Donaukreis je 5 und auf den Jagstkreis 4 Abgeordnete entfallen. Für die Listenwahl sind von den Parteien Vorschlagslisten aufzustellen; die einzelne Vorschlagsliste soll die einem Kreis zukommende Zahl von Abgeordneten nicht wesentlich übersteigen. Von Bedeutung ist die Reihenfolge der Vorgeschlagenen. Jede Vorschlagsliste muß von mindestens 20 Wählern unterzeichnet sein. Ein Vorgeschlagener darf nur auf einem Vorschlag stehen. Werden in einem Kreis überhaupt nicht mehr Bewerber vorgeschlagen, als Abgeordnete durch Listenwahl zu wählen sind, so gelten diese als gewählt. Andernfalls giebt die Regierung die offiziellen Stimmzettel heraus, auf denen die sämmtlichen ordnungsgemäß gemachten Vorschläge unverändert neben einander abgedruckt sind. Der Wähler giebt einem dieser Vorschläge seine Stimme, indem er alle übrigen durchstreicht. Außerdem kann der Wähler innerhalb des von ihm gewählten Wahlvorschlags einem Kandidaten dadurch den Vorzug geben, daß er neben dessen Namen ein Zeichen setzt; in Ermangelung eines solchen Zeichens gilt der an der Spitze des Vorschlags stehende Bewerber als bevorzugt. Behufs Feststellung des Wahlergebnisses werden zunächst die jeder Vorschlagsliste zugefallenen Stimmen berechnet. Dann wird die sog. „Vertheilungszahl" ermittelt, und zwar soll dies, wie die Regierung empfiehlt, nach dem System des Belgiers Viktor D'Hondt geschehen. Die den einzelnen Vorschlägen zugefallenen Stimmenzahlen werden der Reihe nach durch eins, zwei, drei und so fort, höchstens aber mit der Zahl der in dem Kreise zu wählenden Abgeordneten getheilt. Die sich auf diese Weise ergebenden Quotienten werden dann nach ihrer Größe geordnet. Sind z. B. fünf Mandate zu vergeben, so ist die fünftgrößte Zahl die Vertheilungszahl. Jeder Wahlvorschlag oder mit anderen Worten jede Partei erhält so viel Mandate, so oft die Vertheilungszahl in ihrer Gesammtziffer enthalten ist. Innerhalb jedes Wahlvorschlags erhalten aber diejenigen Kandidaten die Mandate, die die größte Zahl von Bevorzugungen erhalten haben; sind solche nicht vorhanden, so entscheidet die Reihenfolge, in der sie sich auf dem Vorschlage befinden. Hält man sich an das von der Regierung gewählte Beispiel von vier Listen mit 36,000, 15,000, 14,000 und 8100 Stimmen, so würde sich die Vertheilungszahl 12,000 ergeben. Sonach würden der ersten Liste drei, der zweiten und der dritten je ein Abgeordneter zufallen.

Der württembergische Wahlreformvorschlag hat zweifellos den großen Vorzug vor dem Reichstagswahlsystem, daß er die schonungslose Unterdrückung der Minderheiten verhindert und das verwerfliche Stichwahlverfahren mit seinen unnatürlichen Wahlbündnissen beseitigt. Wie oft ist es vorgekommen, daß große Minoritäten im Parlament keine oder wenigstens keine angemessen starke Vertretung erlangen; und wie oft geschieht es, daß bei der Stichwahl diejenige Partei, welche in der Hauptwahl vielleicht beinahe ebenso viel Stimmen besaß, wie die übrigen konkurrirenden Parteien zusammen, durch ein Bündniß dieser Parteien geschlagen wird und kein Mandat erhält. Auch läßt das Proportionalwahlsystem eine regere Betheiligung derjenigen Parteien erwarten, die bei dem herrschenden Wahlverfahren von vornherein keine Aussicht haben, die erforderliche relative oder absolute Mehrheit zu bekommen, die aber bei Proportionalwahlen die Durchbringung wenigstens eines Kandidaten ermöglichen können. Voraussichtlich würde dies den bürgerlichen Parteien am meisten zu Gute kommen. Die Sozialdemokratie bringt schon jetzt ihre Anhänger bis auf den letzten Mann an die Wahlurne, während bei den bürgerlichen Parteien gerade die Befürchtung, daß für sie der Wahlkampf wegen der rücksichtslosen Vergewaltigung der Minoritäten keine Chancen biete, das politische Pflichtgefühl beeinträchtigt. Man hofft ferner, daß das Proportional-Wahlsystem eine gewisse Garantie gegen das Ueberwuchern der Kirchthumsinteressen bieten werde, insofern als die Verhältnißwahlen eine Auswahl unter den Bewerbern der einzelnen Parteien gestatten und diese bestrebt sein werden, von vornherein die tüchtigsten Persönlichkeiten kandidiren zu lassen. Andererseits läßt sich jedoch nicht leugnen, daß der für Württemberg geplante Wahlmodus ein ausreichendes Gegengewicht gegen die gefährlichen Wirkungen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wohl schwerlich zu gewähren vermag. Der Verhetzung und Verbitterung, wie sie unter der Herrschaft dieses Wahlrechts gedeiht, wird durch die Listen- und Verhältnißwahlen kein Riegel vorgeschoben, und aus diesem Grunde haben wir uns in Sachen für das indirekte Wahlsystem entschieden, dessen ersprießliche Wirkungen im Herbst dieses Jahres zum ersten Male bei uns zur Erscheinung kommen werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Januar.

Berlin. Sr. Majestät Schiff „Condor" beabsichtigt am 12. Januar von Lourenço Marquez, nachdem der dortige Zwischenfall beigelegt ist, nach Sansibar in See zu gehen. — Die „Kreuzztg." schreibt: Alle Tagesblätter beschäftigen sich mit einer Aeußerung, die der Kriegsminister in der Budgetkommission gethan haben soll, betr. eine in Aussicht stehende Forderung von 117 Mill. für eine Erneuerung des Feldartilleriematerials. In der Presse sind weitläufige Betrachtungen darüber angestellt worden, ob diese Summe für Schnellfeuergeschütze oder sonst neue Typen verwendet werden soll. Da die Sache durchaus diskret ist und kein Unberufener Genaues über die Konstruktion der Geschütze, die, wie man annehmen muß, endgiltig festgestellt ist, wissen kann, so möchten die Diskussionen mehr oder minder rein akademisch sein, und es scheint daher um so angemessener, das Resultat abzuwarten, als es keine Frage ist, daß Autoritäten ersten Ranges diese Angelegenheit leiten und daß bisher gerade die preußisch-deutsche Verwaltung es in erfolgreicher Weise verstanden hat, stets zu rechter Zeit die rechte Waffe einzuführen. — Der sog. Schornsteinfeger-Hermann, der in Gemeinschaft mit dem Hausdiener Hermann Wolf am 23. v. M. den mörderischen Ueberfall auf den Pfefferkuchenhändler Brods ausführte, ist gestern Vormittag in Ummendorf bei Magdeburg gefaßt worden.

Berlin. Nach einer römischen Meldung eines hiesigen Nachrichtenbureaus wird Kaiser Wilhelm Ende März in Genua eine Zusammenkunft mit König Humbert haben. — Ein neues Heilserum gegen Tuberkulose ist von dem hiesigen Bakteriologen Dr. Niemann entdeckt worden. Die Veröffentlichung der neuen Entdeckung soll demnächst in einer medizinischen Fachpresse erfolgen.

Breslau. Eine heute stattgehabte Versammlung Breslauer Getreidehändler lehnte die Bildung einer freien Vereinigung ab.

Wien. Abermals taucht das Gerücht auf, der frühere Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky werde demnächst den Grafen Deym auf dem Londoner Botschafterposten ersetzen.

Wien. Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Budgetdebatte erklärte der Unterrichtsminister bei dem Voranschlag für Hochschulen, er würde den Vorschlag des Abg. Kronawetter, sämmtliche Fakultäten aufzuheben, nicht befolgen. (Beifall.) Betreffs des Baues neuer Kliniken sei ein Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet. Der Minister besprach die neueingeführten volksthümlichen Universitäts-Vorlesungen, welche in der Zeit der Wahlrechtsbewegung, wo das Streben nach Fortbildung so bemerkbar sei, sehr zu begrüßen seien. Es sei darauf hingearbeitet, die harten Gegensätze der Zeit zu mildern, nicht das geringste Mittel hierfür sei eine solche Bildung (Beifall). Abg. Kronawetter trat für Zulassung der Frauen zu allen Studien und Berufsarten ein.

Paris. Die opportunistischen und die konservativen Organe erklären, durch die gestrigen Wahlen werde die Zusammensetzung des Senats in keiner Weise verändert, derselbe bleibe wie bisher der Vertreter des gemäßigten Republikanismus; die Wahlen hätten bewiesen, daß in der Bevölkerung die Radikalen in Wirklichkeit keinen Boden hätten. Die radikalen und sozialistischen Blätter dagegen bezeichnen die Wahlen unter Hinweis auf die neugewonnenen Mandate als ein Merkmal dafür, daß ihr Reformprogramm neue Bevölkerungsschichten erobert habe.

Aarhus. Infolge des Ausstandes ist die Arbeit im Hafen heute gänzlich eingestellt. Nicht betroffen von dem Ausstande sind die Schiffe der vereinigten Dampiergesellschaft.

Neapel. Die Leiche des Kardinals Sanfelice wird morgen in der Trauerkapelle ausgestellt werden. König Humbert hat den Direktor des Königl. Hauses beauftragt, das Beileid des Königs auszudrücken. Kaiser Wilhelm hat dem deutschen Konsul telegraphisch den Auftrag ertheilt, das Beileid des Kaisers zum Ausdruck zu bringen und einen Kranz am Sarge niederzulegen.

Rom. Die Kommission des Senats zur Vorberathung des Gesetzentwurfs über die einstweilige Anwendung der Verfügung betr. die Emissionsbanken hat die Vorlage in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Fassung angenommen.

Sevilla. Eine Räuberbande führte bei Roda die Entgleisung der Maschine eines Eisenbahnzuges herbei, der einen Geldtransport enthielt. Es gelang den Zugbeamten, die Räuber, welche den Zug plündern wollten, in die Flucht zu schlagen.

London. Der englische Dampfer „Orchide" bohrte im Hafen von Smyrna ein Boot des französischen Admiralschiffes „Devastation" in den Grund. Dem französischen Kriegsschiffe gelang es, die Matrosen bis auf drei zu retten.

Calais. Der Dampfer „Deux Frères" ging in der Nähe der französischen Küste unter. Die aus 16 Personen bestehende Mannschaft ertrank.

New-York. Die Besatzung des bei Neu-Smyrna untergegangenen Freibeuter-Dampfers „Commodore" ist nicht vollzählig gerettet, es sollen 16 Mann ertrunken sein.

Havana. General Weyler ist hierher zurückgekehrt.

Die heutige Berliner Börse begann im Gegensatz zu der vorausgegangenen festen Tendenz in ziemlicher Reserve. Die Umgestaltung des Geschäftsverkehrs, wie sie durch das neue Börsengesetz bedingt ist, bringt doch verschiedentlich Unsicherheiten mit sich, die sich einer flotten Verkehrsentwickelung entgegenstellen. Im weiteren Verlauf konnte sich die Haltung merklich befestigen, die Umsätze gestalteten sich lebhafter, die anfänglichen Kurseinbußen wurden zum größten Theil wieder eingeholt. Der heute veröffentlichte Reichsbankausweis zeigt wohl eine starke Anspannung der Mittel der Bank, doch übte dies nur wenig Einfluß auf die Stimmung aus, wie es auch das Sinken des Privatdiskonts bewies. Am Bankaktienmarkt waren Kommanditantheile und Deutsche Bank gut behauptet, die übrigen Werthe meist niedriger. Eisenbahnaktien größtentheils sehr still, besser beachtet und fest waren schweizerische, Warschau-Wiener, Franzosen und Canada-Pacific. Montanaktien waren Anfangs in Realisationen angeboten und sehr still, später aber konnten Kohlen- wie Hüttenwerthe sich kräftig erholen. Renten sehr still. Kursveränderungen nicht nennenswerth. Dreiprozentige Reichsanleihen 20 Pfge. niedriger. Privatdiskont 3⅞ Prozent. — An der offiziellen Getreidebörse stockte auch heute der Verkehr völlig; nur am Markte für Spiritus war einiges Geschäft. Termine behauptet, Loco etwas niedriger. Erwähnt sei, daß die Interessenten des Spiritusmarktes beschlossen haben, vorläufig zur Abwickelung der noch auf Grund des alten Schlußscheines eingegangenen Geschäfte an der offiziellen Börse verbleiben zu wollen. Im freien Verkehr war die Tendenz auf rege Kauflust und auf festes Ausland sehr fest. Weizen für Effektiv-Malieferung wurde im freien Verkehr mit 180 bis 180½ Mk., Roggen mit 130½ bis 131, Hafer mit 131½ Mk. bezahlt. — Wetter: trübe, Nordwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 279.12. Discento 212.60. Dresdner Bank 157.80. Staatsbahn —. Lombarden 67⅞. Laura 165.40. Ung. Gold —.—. Portugiesen 25.83. Fest.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 102.50. Italiener 89.35. Spanier 61⅞. Portugiesen 25.60. Türken 20.45. Türkenloose 102.50. Ottomanbank 553. Staatsbahn 771. Lombarden 226. [illegible]

Paris. Produkten (Schluß). Weizen per Dezember-Mai 21.75, per Juni 23.65, fest. Spiritus per Jan.-Mai 33.25, per August 33.75, ruhig. Rüböl per Dezember-Mai 58.00, per August 57.00, matt.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 204, per Mai 200. Roggen per März 115, per Mai 113, per Juli —.

London. (Produkten-Bericht.) Weizen fest, ½—1 Sch. höher als vorige Woche. Mehl, Hafer und gemischter amerikanischer Mais fest. Gerste fest, aber ruhig. Von schwimmendem Getreide Weizen belebter Begehr, Mais stetig. Gerste ruhig aber stetig. — Wetter: Kalt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König ertheilte am Sonntage Vormittags halb 12 Uhr an die nachgenannten Herren im Residenzschlosse Audienzen: Oberregierungsrath Dr. Schelcher, Oberstabsarzt à la suite des Sanitätskorps Hofrath Dr. Credé, Regierungsräthe Krug v. Nidda und Dr. Süßmilch, Bauräthe Hempel, Grosch, Grabner und Schmidt, Amtsrichter Dr. Minckwitz, Landrichter Kunz und Prölß und Gymnasialoberlehrer Professor Eichenauer.

— Gestern Vormittag kam Se. Majestät der König von Villa Strehlen in's Residenzschloß, nahm zunächst militärische Meldungen und nach diesen die Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs der Königl. Hofstaaten entgegen. Zur Königl. Tafel in Villa Strehlen waren gestern mit Einladungen ausgezeichnet worden: der Königl. Sächs. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Wien Graf v. Wallwitz und Gemahlin und der Oberst v. Normann, Kommandeur des Königl. Württembergischen 3. Infanterie-Regiments Alt-Württemberg Nr. 121, dessen Chef Se. Majestät der König ist.

— Mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs ist bei der Polizeidirektion dem Polizeirathe Dr. jur. Hübel die dritte Rathsstelle übertragen worden.

— Der juristische Hilfsarbeiter bei der Amtshauptmannschaft Flöha, Regierungsassessor Dr. jur. Freiherr v. Wicke, ist zum vierten Polizeirathe bei der Polizeidirektion ernannt worden.

— Dem Oberschaffner 1. Klasse bei der Staatseisenbahnverwaltung Heder in Leipzig ward das Albrechtskreuz und dem in Ruhestand getretenen Bahnwärter bei der Staatseisenbahnverwaltung Götz in Rappertsgrün das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Dem Telegraphendirektor Grimmert in Zwickau ist der Rang der Räthe 4. Klasse beigelegt worden.

— In vollem Maße kam all' die Liebe, Verehrung und Hochachtung zur Bethätigung, die dem Königl. Leibarzte, General- und Korpsarzt Dr. Paul Jacobi jederzeit im Leben gezollt worden ist, als gestern Mittag 1 Uhr auf dem inneren Neustädter Friedhof die sterbliche Hülle dem Schooße der Erde übergeben ward. An der Spitze der hochansehnlichen Trauerversammlung stand Se. Majestät der König, umgeben von Ihren Königl. Hoheiten Prinzen Georg, Friedrich August, Johann Georg und Albert. Der Monarch war tiefergriffen und schaute ernsten Blickes auf den in der Friedhofshalle aufgebahrten, palmen- und blumenbedeckten Sarg, der einen seiner treuesten, ergebensten und hilfsbereitesten Diener barg. In unmittelbarer Nähe der allerhöchsten und höchsten Herrschaften gewahrte man als Vertreter Ihrer Majestät der Königin Herrn Oberhofmeister v. Malortie, Ihre Excellenzen die Herren Kriegsminister Edler v. d. Planitz, Generale der Infanterie und Kavallerie v. Reyher, v. Kirchbach, Generalleutnants Generaladjutanten v. Treitschke, v. Minckwitz, Divisionäre Generalleutnants v. Raab, v. Minckwitz Stadtkommandant Generalleutnant v. Reichau, Generalmajore v. Schlieben,

Feine Haut erhält man durch den Gebrauch der Triumph-Seife. Für Wäsche und Haushalt.